

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Jahr findet das Osterfest im Schatten der weltweiten Corona-Pandemie statt. Gottesdienste entfallen ganz oder werden digital übertragen – selbst der Papst feiert Messen auf dem Petersplatz in Rom allein. Sogar die weltberühmten Oberammergauer Passionsspiele mussten wegen des gefährlichen Virus auf das Jahr 2022 verschoben werden. Eine geschichtsträchtige Veranstaltung mit traurig-aktuellem Bezug: Denn alle zehn Jahre wird die Passion Christi in Oberbayern aufgeführt. Ein Versprechen, das die Oberammergauer 1633 dem Herrn gegeben haben, sollte die Pest-Pandemie, die Europa damals fest im Würgegriff hatte, schnell wieder verschwinden lassen. Und es funktionierte, das Versprechen zeigte tatsächlich Wirkung – die Pest verließ Oberammergau und die Bevölkerung schöpfte neue Hoffnung. Doch heute, fast 400 Jahre später, ist es nicht die Pest, sondern das Coronavirus, das Bürger, Wirtschaft und Medizinwesen in Schach hält.



In den vergangenen Wochen überschlugen sich die Ereignisse. Die bayerische Staatsregierung handelte schnell und entschlossen, damit die Ausbreitung des Coronavirus eingedämmt werden kann. Hier ein Überblick:

27. Januar:

Bei einem Mitarbeiter des oberbayerischen Autozulieferers Webasto wird das Coronavirus nachgewiesen. Es ist der erste bestätigte Fall in Deutschland.

Ende Januar/Anfang Februar:

Bei weiteren Webasto-Mitarbeitern und Angehörigen werden Infektionen mit SARS-CoV-2 nachgewiesen.

27. Februar:

Ein Mediziner der Uniklinik Erlangen hat sich bei einem Italiener angesteckt. Er ist der erste Fall in Bayern, der nicht mit Webasto zusammenhängt.

28. Februar:

Das Kabinett berät erstmals Sachstand und Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus.

Ende Februar/Anfang März:

Aus immer mehr Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns werden bestätigte Infektionen gemeldet.

1. März:

Bayerns Coronavirus-Krisenstab tritt zum ersten Mal zusammen.

2. März:

Die Staatsregierung empfiehlt die Absage der Handwerksmesse in München.

4. März:

Bayern bestellt eine Million Schutzmasken.

7. März:

Südtirol-Urlaubsrückkehrer dürfen nicht mehr in Schulen und Kitas.

8. März:

Der Starkbieranstich auf dem Münchner Nockherberg wird auf unbestimmte Zeit verschoben.

10. März:

Der Freistaat verbietet Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmern.

11. März:

Der Bayerische Landtag arbeitet weiter, beschränkt aber den Zugang für Besucher.

13. März:

- Ministerpräsident Markus Söder und Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo verkünden die Schließung aller Schulen und Kitas bis zum 19. April. Der Start des Sommersemesters an Hochschulen und Universitäten wird auf den 20. April verlegt.
- Die Staatsregierung und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger stellen einen 10-Milliarden-Euro-Rettungsschirm für die bayerische Wirtschaft vor.

16. März:

Bayern ruft den Katastrophenfall aus. Damit bekommt die Staatsregierung umfangreiche Steuerungs-, Eingriffs- und Durchgriffsmöglichkeiten. So sollen notwendige Entscheidungen aller Art beschleunigt werden. Außerdem werden umfangreiche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft bekanntgegeben, darunter:

- Die Teilnahme an der Kommunal-Stichwahl ist nur per Brief möglich.
- Lebensmittelgeschäfte dürfen länger öffnen.
- Alle Freizeiteinrichtungen müssen schließen, Gastrobetriebe dürfen nur noch bis 15 Uhr öffnen und maximal 30 Personen gleichzeitig bewirten.

18. März:

- Der Landtag tagt ab sofort nur noch mit einem Fünftel der Abgeordneten, die Beschlussfähigkeit bleibt aber gewahrt.
- Der Freistaat startet sein Corona Soforthilfe-Programm für Unternehmer und Freiberufler in finanziellen Nöten.
- Das Kultusministerium verkündet, dass die Abiturprüfungen im Freistaat statt am 30. April erst am 20. Mai beginnen.
- Im Rahmen des Nachtragshaushalts werden weitere Gelder zur Unterstützung der medizinischen Versorgung bereitgestellt. Dies sind im Einzelnen:
 - 440 Millionen Euro zur Beschaffung und Kostenerstattung für Beatmungsgeräte sowie

medizinische Ausrüstung;

- 25,5 Millionen Euro für Schutzausrüstung;
- Zehn Millionen Euro für die Corona-Hotline Bayern;
- Fünf Millionen Euro für eine kurzfristige Rekrutierung von Medizinstudenten sowie kürzlich in Ruhestand gegangenen Ärzten.
- Der Freistaat verhängt eine Ausgangssperre für die Stadt Mitterteich im von Corona stark betroffenen Landkreis Tirschenreuth.
- Der Freistaat schließt alle Behindertenwerkstätten.

19. März:

- Das Kultusministerium verschiebt auch die Abschlussprüfungen für Mittelschulen, Realschulen und Wirtschaftsschulen.
- Der Landtag beschließt das zehn Milliarden Euro schwere Hilfspaket für die bayerische Wirtschaft zur Überbrückung der Corona-Pandemie.
- Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger kurbelt die Eigenproduktion von Atemschutzmasken in Bayern mit mittelständischen Unternehmen an.

20. März:

Die Staatsregierung verkündet weitreichende Ausgangsbeschränkungen für ganz Bayern. Das Verlassen der eigenen Wohnung ist ab 21. März, 00:00 Uhr, nur noch bei Vorliegen „triftiger Gründe“ erlaubt.

23. März:

Eine neue Corona-Teststation am Tropeninstitut der Ludwig-Maximilians-Universität in München wird eröffnet.

24. März:

- Das Kabinett beschließt den Termin für die Vergabe der Übertrittszeugnisse um eine Woche auf den 11. Mai zu verschieben.
- Das Kabinett beschließt die Umschichtung von Personal: 400 Beschäftigte aus anderen Bereichen des Freistaats werden den Gesundheitsämtern in den Landkreisen zugeteilt. Zudem wird das Gesundheitsministerium um 50 Stellen aufgestockt.
- Der Freistaat Bayern verdoppelt sein Corona-Programm: Die Hilfen für das Gesundheitswesen und die Wirtschaft werden auf 20 Milliarden Euro angehoben.

25. März:

Der Landtag verabschiedet ein neues Bayerisches Infektionsschutzgesetz, das dem Staat im Gesundheitsnotstand weitreichende Befugnisse zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung einräumt.

29. März:

Bei den Stichwahlen der Kommunalwahlen (OB-, Bürgermeister- und Landratswahlen) ist erstmals keine Stimmabgabe im Wahllokal möglich. Es kann nur per Briefwahl abgestimmt werden.

30. März:

Bayern verlängert die Ausgangsbeschränkungen bis 19. April, es gibt jedoch vorläufig keine Verschärfungen.

31. März:

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger stockt die Soforthilfe-Sätze auf: Ab sofort gibt es für Unternehmen mit bis zu 5 Mitarbeitern **9.000 Euro**, bei bis zu 10 Mitarbeitern **15.000 Euro**, für Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeitern **30.000 Euro** sowie bei bis zu 250 Mitarbeitern **50.000 Euro Soforthilfe**.



Etwas österliche Hoffnung gibt uns der leicht verlangsamte Anstieg bei den Neuinfektionen – doch die Corona-Pandemie hat ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht. **Deshalb wollen wir jetzt keine Entwarnung geben, sonst stehen wir nach Auffassung führender Virologen in Deutschland schnell wieder ganz am Anfang des Problems.** Es ist notwendig, den Lockdown vorläufig weiter durchzuhalten, um unsere Mitmenschen und uns selbst zu schützen.

R ü c k b l i c k

Die Bayernkoalition tut alles in ihrer Macht stehende, damit Menschenleben und Wirtschaftsexistenzen nicht gefährdet werden. Das wissen Bayerns Bürgerinnen und Bürger zu schätzen, denn es spiegelt sich im Ergebnis der jüngsten BR-Wahlumfrage wider: **In der Krise scharen sich die Menschen hinter der Regierung und hier vor allem hinter dem größeren Koalitionspartner** – in Bayern wie im Bund. Wir FREIE WÄHLER kamen auf acht Prozent Wählerzustimmung – zwei Prozent weniger als im Januar – während etwa die Grünen acht Prozent verloren. Wir wurden im Vergleich zu anderen Landtagsfraktionen nicht so hart von Verlusten getroffen und es ist menschlich verständlich, dass derzeit alle Augen auf den Ministerpräsidenten gerichtet sind. **Doch auch unsere Minister und Staatssekretäre in der Staatsregierung leisten in der Corona-Krise erstklassige Arbeit – allen voran Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger mit seinem unermüdlichen und pragmatischen Einsatz. Aiwanger spannte den milliardenschweren Rettungsschirm für die bayerische Wirtschaft – vom Kleinunternehmer bis zum großen Mittelständler** – und sorgte für die heimische Produktion von Schutzmasken, Beatmungsgeräten und Desinfektionsmitteln. Auch die Arbeit von **Umweltminister Thorsten Glauber** bei der schnellen Zertifizierung von Schutzmaskenstandards und **Kultusminister Michael Piazzolo**, der frühzeitig die vollkommen richtige Entscheidung zur Schließung bayerischer Schulen traf und jetzt mithilft, den Unterricht auf digitaler Basis aufrechtzuerhalten, hilft die Krise zu meistern. Es zeigt sich, dass gerade in dieser schwierigen Zeit das Zusammenspiel der Koalitionspartner in Bayern hervorragend funktioniert. Wir FREIE WÄHLER werden in der Staatsregierung weiterhin kämpfen – um jedes Menschenleben und jeden Arbeitsplatz.

Nicht nur die gesundheitliche und wirtschaftliche Situation der Menschen in Zeiten von Corona liegen uns am Herzen, sondern auch die Auswirkungen auf den Lehrbetrieb der Universitäten und Hochschulen in Bayern. Denn auch den Studierenden sollen aus den Maßnahmen gegen das Coronavirus keine Nachteile entstehen. **Deshalb wird das Sommersemester an den Bayerischen Hochschulen nicht auf die Regelstudienzeit und BAföG angerechnet.** Außerdem startet das neue Semester überwiegend digital, um die Ansteckungsgefahr zu minimieren. Allerdings verlangt die gegenwärtige Situation flexible Lösungen. Denn wissenschaftliche Arbeiten können angesichts geschlossener Bibliotheken nur unter erschwerten Bedingungen angefertigt werden. Jetzt auf digitale Lehrangebote zu setzen, ist die richtige Reaktion auf diese Ausnahmesituation. Wir FREIE WÄHLER fordern schon lange, die Digitalisierung an den Universitäten voranzutreiben, damit der Freistaat im internationalen Wettbewerb nicht abgehängt wird. Auch die finanzielle Situation der Studierenden darf nicht außer Acht gelassen werden. Viele sind von den Folgen der Corona-Pandemie hart getroffen, da oftmals existenzsichernde Einkommen aus Nebenjobs weggebrochen sind. Es ist daher dringend geboten, den Studierenden mit staatlichen Unterstützungsangeboten zu helfen.

Um staatliche Hilfen und Existenzen geht es auch in den Überlegungen der FREIEN WÄHLER für die Zeit nach Corona. In der jetzigen Phase der Krise ist entscheidend, dass unser Gesundheitssystem erstklassig aufgestellt bleibt, damit Bayern im Kampf gegen das Virus auch weiterhin so gut bestehen kann. Das Soforthilfeprogramm von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger für kleine und mittlere Betriebe werden wir fortsetzen und nötigenfalls ausbauen. Dies versetzt uns in die Lage, **Bayerns Wirtschaft zu schützen und behutsam wieder hochfahren zu können, sobald sich**

Abgeordneter Manfred Eibl,

Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Infektions- und Mortalitätskurve stark abgeflacht haben. Unsere fraktionsinterne Arbeitsgemeinschaft rüstet sich für diesen Moment. Gemeinsam mit der Staatsregierung sorgen wir für intelligente, individuelle Lösungen in verschiedensten Branchen und beantworten die wichtigste Frage unserer Zeit: Wie kann die schwer getroffene Ökonomie mit dem Virus leben und unser Land etappenweise zu einer neuen Normalität kommen? Oberstes Gebot bleibt jedoch der Schutz von Risikogruppen und die Vermeidung weiterer Infektionen. Es geht deshalb um das Wie – noch nicht um das Wann. Das unterscheidet unseren Ansatz klar von gefährlichen Forderungen aus Teilen der Landtagsopposition.

Gefährlich sind auch Fake News von bereits bekannten extremistischen Meinungstreibern. Ein Dringlichkeitsantrag von uns FREIEN WÄHLER infolge entsprechender Investigativ-Recherchen des BR-Politmagazins „Kontrovers“ zeigt Wirkung: **Der Staatsschutz leitet Vorermittlungen gegen den Schweizer Sektenguru Ivo Sasek ein.** Denn wenn Sasek die Mitglieder seiner Sekte „Organische Christus Generation“ beauftragt, Freund-Feind-Listen über Politiker zu führen und die Rassenzugehörigkeit von Journalisten zu hinterfragen, müssen in einem Rechtsstaat alle Alarmglocken läuten. Gerade in der wegen des Coronavirus sehr angespannten Lagen dürfen wir nicht tatenlos zusehen, wenn über Saseks Fernsehsender „kla.tv“ Fake News über das Virus verbreitet werden und der Holocaust instrumentalisiert wird. Auf solche Umtriebe muss der Verfassungsschutz ein Auge haben und hat deshalb Vorermittlungen eingeleitet – **wegen des Verdachts der Volksverhetzung.** Falls sich der Verdacht im Zuge der Ermittlungen erhärten sollten, müssen wir Parlamentarier zeitnah entscheiden, wie unser Freistaat künftig mit dieser Sekte umgeht. Denn potentiellen Verfassungsfeinden das Handwerk zu legen, ist eine Pflichtaufgabe verantwortungsvoller Politiker. Schließlich haben in Bayern Extremisten jeglicher Couleur nichts verloren.

Euer

Manfred Eibl, MdL

Impressum

Simone Hannen,
Büroleitung, Persönliche Assistentin
V.i.S.d.P.:
Abgeordnetenbüro Manfred Eibl, MdL
Am Lindberg 17
94157 Perlesreut
Telefon +49 8555 4058548
Handy +49 170 9524965
E-Mail kontakt@manfred-eibl.de
Internetseite www.manfred-eibl.de
Facebook <https://www.facebook.com/Manfred.EibL.TW2018>